

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 27.04.2016, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 . Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2 . Information der Verwaltung über die aktuelle Entwicklung der Haushaltslage (1. Quartal 2016)
Vorlage: 541/2016
- 3 . Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes
Vorlage: 519/2016
- 4 . Bundesverkehrswegeplan 2030 - Konsultationsverfahren
Vorlage: 533/2016
- 5 . Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Handhabung der Geschäftsordnung
Vorlage: 548/2016
- 6 . Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP zur Errichtung eines Kreisverkehrs im Ortsteil Teveren, Kreuzung Chorherrenstraße/L 42
Vorlage: 518/2016
- 7 . Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP - Entwicklung von Bauflächen in den Stadtteilen Hünshoven, Immendorf und Würm
Vorlage: 048/2016
- 8 . Antrag der CDU-Fraktion auf Ernennung von sachkundigen Bürgern der CDU-Fraktion als "allgemeine Vertreter" in Ausschüssen
Vorlage: 536/2016
- 9 . Umbesetzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur
Vorlage: 537/2016
- 10 . Auflösung und Neubildung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 539/2016
- 11 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 12 . Fragestunde für Einwohner

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 . Grundstücksangelegenheiten
 - 13.1 . Verkauf von städtischen Baugrundstücken an der Randerather Straße im Stadtteil Leiffarth
Vorlage: 520/2016
 - 13.2 . Verkauf einer Teilfläche aus einem städtischen Grundstück im Bereich der Sittarder Straße in Bauchem
Vorlage: 521/2016
 - 13.3 . Übernahme von Abstandflächenbaulast, Freihaltebaulast und Geh- und Fahrrecht auf der städtischen Parzelle Gemarkung Süggerath, Flur 3, Flurstück 27 (Lage links neben dem Haus Jan-von-Werth-Straße 49) zugunsten des Grundstückes Gemarkung Süggerath, Flur 3, Flurstück 159
Vorlage: 531/2016
- 14 . Auftragsvergaben
 - 14.1 . Vergabe von Bauleistungen im Zusammenhang mit dem Straßen- und Wegebauprogramm 2016
Vorlage: 505/2016
 - 14.2 . Beratung und Beschlussvorschlag über den Austausch von weiteren 185 Quecksilberdampfleuchten durch LED-Leuchten sowie die notwendige Erneuerung von 18 Masten / energetische Sanierung (Phase IV)
Vorlage: 516/2016
 - 14.3 . Herbeiführung eines Dringlichkeitsbeschlusses über die Vergabe eines Generalunternehmervertrages im Zusammenhang mit dem Neubau der Wohnungen für Flüchtlinge in der Straße An der Friedensburg
Vorlage: 530/2016
- 15 . Änderung des Konzessionsvertrages mit der Verbandswasserwerk Gangelt GmbH
Vorlage: 523/2016
- 16 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Georg Schmitz

Mitglieder

2. Herr Nikolaus Bales
3. Herr Marko Banzet
4. Herr Hans-Jürgen Benden
5. Frau Maja Bintakys-Heinrichs
6. Frau Karola Brandt
7. Herr Karl-Peter Conrads
8. Frau Jennifer Diederichs

9. Herr Dr. Stefan Evertz
10. Herr Helmut Gerads
11. Herr Johann Graf
12. Herr Christoph Grundmann
13. Frau Theresia Hensen
14. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
15. Frau Karin Hoffmann
16. Herr Rainer Jansen
17. Frau Gabriele Kals-Deußen
18. Herr Michael Kappes
19. Herr Nils Kasper
20. Herr Thomas Klein
21. Herr Wilfried Kleinen
22. Herr Heinz Kohnen
23. Herr Christian Kravanja
24. Herr Leonhard Kuhn
25. Herr Stefan Mesaros
26. Herr Manfred Mingers
27. Herr Willi Münchs
28. Herr Uwe Neudeck
29. Herr Hans-Josef Paulus
30. Herr Manfred Schumacher
31. Frau Barbara Slupik
32. Herr Lars Speuser
33. Herr Raimund Tartler
34. Herr Michael van Dillen
35. Herr Harald Volles
36. Frau Kirsten vom Scheidt
37. Herr Max Weiler
38. Herr Wilhelm Josef Wolff

anwesend ab TOP 2

Von der Verwaltung

39. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
40. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
41. Herr Daniel Goertz
42. Herr Peter Klee
43. Herr Alexander Jansen

Es fehlte

44. Herr Ernst Michael Thielemann

I. Öffentlicher Teil

Bürgermeister Schmitz eröffnete die 17. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen um 18 Uhr und hieß die Stadtverordneten, die zahlreich erschienenen Zuschauer sowie die Vertreter der Medien willkommen. Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen zur Niederschrift der letzten Sitzung habe es nicht gegeben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Herr Stadtverordneter Benden, die Tagesordnung zu ändern. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe in einem Schreiben um Stellungnahme bezüglich der Handhabung der Geschäftsordnung gebeten. Dieses Schreiben solle laut der Einladung zur Ratssitzung im öffentlichen Teil der Sitzung unter dem Punkt „Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung“ behandelt werden. Herr Stadtverordneter Benden beantragte, diese Angelegenheit im Rahmen eines gesonderten Tagesordnungspunktes zu behandeln.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung über folgenden Beschlussvorschlag auf:

Beschlussvorschlag:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den Punkt 5 „Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Handhabung der Geschäftsordnung“ erweitert. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	37
Nein:	0
Enthaltung:	0

Bürgermeister Schmitz berichtete, dass Herr Stadtverordneter Thielemann an dieser Sitzung nicht teilnehmen könne und stellte die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass es Nachfragen im Zusammenhang mit der Klage gegen das Kraftwerk Tihange gegeben habe. Er erklärte, dass die Stadt Geilenkirchen über den Kreis Heinsberg an dem Verfahren beteiligt sei und die Angelegenheit weiterhin verfolge. Bei einem Treffen der Bürgermeister aller kreisangehörigen Städte am 18.04.2016 habe Landrat Pusch erklärt, dass der Kreis die Kosten für die Kommunen übernehme und alle Kommunen dabei seien.

Ferner berichtete Bürgermeister Schmitz, dass die Fragestunde für Einwohner nun erstmalig als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stehe, damit die Bürger nicht bis zum Ende des öffentlichen Teils warten müssen. Diese Verschiebung sei von den Fraktionsvorsitzenden ange-regt worden.

**TOP 2 Information der Verwaltung über die aktuelle Entwicklung der Haushaltslage (1. Quartal 2016)
Vorlage: 541/2016**

Herr Goertz erklärte mit Verweis auf den in der Vorlage dargestellten Bericht, dass es momentan ein leichtes Plus gebe. Dies sei zwar zunächst positiv, bedeute jedoch nicht, dass es

auch am Jahresende ein Plus geben werde. Insbesondere bei Asylausgaben seien größere Sprünge und Kostensteigerungen möglich.

Herr Stadtverordneter Benden führte aus, dass die Zahlen angesichts der noch folgenden drei Quartale vorsichtig betrachtet werden müssten. Die regelmäßige Berichterstattung sei gut. Zum Punkt elf des Berichts erkundigte er sich, ob die zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von 50.000 Euro auf Grund der Einstellung zweier zusätzlicher Erzieherinnen durch Einsparungen auf Grund von Langzeiterkrankten ganz oder teilweise kompensiert werden könnten.

Herr Goertz legte dar, dass Langzeiterkrankungen in dem Bericht nicht berücksichtigt worden seien. Lediglich Änderungen des Stellenplans seien berücksichtigt worden. Im Bericht werde keine detaillierte Betrachtung vorgenommen.

Herr Klee ergänzte, dass die Nachreichung einer solchen Rechnung schwierig sei, da Fälle individuell beleuchtet werden müssten und bei der Stadt Geilenkirchen etwa 300 Personen beschäftigt seien. Eine Abrechnung könne durchgeführt werden, wenn die Personalaufwendungen am Jahresende endgültig feststehen. Erst dann könne auch überprüft werden, ob das Personalbudget ausgereicht habe.

Herr Stadtverordneter Jansen zeigte sich irritiert angesichts der prognostizierten Gewerbesteuerermindererträge in Höhe von 300.000 Euro.

Herr Goertz schilderte, dass diese Prognose auf einer Gewerbesteuerschätzung anhand der Messbescheide des Finanzamtes beruhe. Änderungen seien beispielsweise möglich, wenn ein großer Gewerbesteuerzahler plötzlich eine unerwartete und hohe Rückerstattung Gewerbesteuern erhalte.

Herr Stadtverordneter Kohlen erkundigte sich, ob die Tarifierhöhungen bei den prognostizierten Personalaufwendungen bereits eingepreist seien. Außerdem fragte er, ob die Stadt Geilenkirchen derzeit Kassenkredite aufgenommen habe und ob Mittel zur Finanzierung des Hallenbades bereits aufgenommen worden seien.

Herr Goertz führte aus, dass im originären Haushaltsansatz eine Steigerung der Personalaufwendungen für Beamte um 1,8 Prozent und für Beschäftigte um 2,1 Prozent eingeplant worden sei. Kassenkredite habe die Stadt derzeit nicht aufgenommen. Die Anfinanzierung des Hallenbades sei letztes Jahr durchgeführt worden. Das größte Darlehen werde im Jahr 2016 aufgenommen. Verhandlungen hierzu hätten noch nicht angefangen.

Kenntnisnahme:

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

TOP 3 Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes Vorlage: 519/2016

Herr Stadtverordneter Weiler erklärte, dass ein Fragenkatalog an die Verwaltung geschickt worden sei und dankte insbesondere Herrn Kaumanns, Herrn Schmidt und Herrn Dechêne sowie dem gesamten Ordnungsamt für die ausführliche und detaillierte Beantwortung. Au-

ßerdem dankte er Herrn Meyer für die Beantwortung der Fragen und seine ehrenamtliche Tätigkeit sowie allen Feuerwehrfrauen und -männern für ihren engagierten Einsatz.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen berichtete, dass Fraktionen mit den Herren Meyer, Pennartz und Büsselberg als Wehrleitung gesprochen und erkundigte sich, ob die Verwaltung etwas gegen dieses Vorgehen habe.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Verwaltung nichts dagegen habe.

Herr Stadtverordneter Grundmann schloss sich Herrn Stadtverordneten Weiler an und dankte im Namen der Fraktion SPD-Linke für die ausführliche Beantwortung angesichts der gegebenen Zeit. Die Fraktion werde dem Brandschutzbedarfsplan zustimmen.

Herr Stadtverordneter Mesaros schloss sich dem zuvor geäußerten Lob an. Er kritisierte, dass die Fraktionen einen sehr ausführlichen Fragenkatalog ausgearbeitet hätten. Manche Fragen würden in diesen Katalog nicht hineingehören. Bei der Beantwortung solcher Fragen werde die Arbeitskraft der Verwaltung unnötig gebunden und die Verwaltung zusätzlich belastet. Daher sehe er diese Vorgehensweise kritisch.

Herr Stadtverordneter Weiler erklärte, dass er und Herr Stadtverordneter Speuser Mitglieder der Feuerwehr seien. Dies habe jedoch mit dem Fragenkatalog zum Brandschutzbedarfsplan nichts zu tun. Es sei darauf geachtet worden, dass alle gestellten Fragen sich thematisch im Brandschutzbedarfsplan wiederfinden würden. Die Zielsetzung bei der Erstellung des Fragenkatalogs lautete bei jeder Frage: Hat die Frage etwas mit dem Haushalt, dem Zielerreichungsgrad, den Schutzzielen oder gesetzlichen Vorgaben zu tun. Aus diesem Grund seien die im Katalog enthaltenen Fragen formuliert worden. Das Thema Feuerwehr sei komplex ausgearbeitet worden.

Herr Stadtverordneter Mesaros machte deutlich, dass er mit seiner zuvor getätigten Aussage keine Unterstellung habe treffen wollen und auch nicht auf bestimmte Personen abgezielt habe. Er habe lediglich seine Einschätzung äußern wollen, dass der Fragenkatalog ein übertriebenes Ausmaß erreicht habe.

Beschlussvorschlag:

Die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes wird in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung beschlossen. Der Schutzzielerreichungsgrad wird auf mindestens 80 % festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4 Bundesverkehrswegeplan 2030 - Konsultationsverfahren
Vorlage: 533/2016

Herr Stadtverordneter Graf berichtete, dass in der Stewi-Sitzung verschiedene Entwürfe präsentiert worden seien. Bei Darstellung der Entwürfe habe Herr Alexander Jansen ausgesagt, dass untersucht werden müsse, ob die L 42 noch ausreichend und leistungsfähig sei. Wenn sie leistungsfähig sei, könne die Verkehrsführung so gestaltet werden, dass die L 42 in die B 221n einfließen könne. Dies würde jedoch zu mehr Lärm in Teveren führen.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter erklärte, dass Pläne aus dem Bundesverkehrswegeplan im Stewi gezeigt worden seien. Auf die L 42 solle nicht völlig verzichtet werden. Die Trassenführung werde auf Grundlage einer Verträglichkeitsstudie geplant. In der Stellungnahme werde formuliert, dass die Benutzung des Teilstücks der L 42 für die Auffahrt auf die B 221 erfolgen könne, wenn die L 42 für die Aufnahme des Verkehrs geeignet sei. Im Bundesverkehrswegeplan würden noch keine Trassen festgelegt. In einem einige Jahre dauernden Verfahren werde die Trassenführung entwickelt. Hierzu könnten die Kommunen nun Stellungnahmen abgeben. Über Einzelheiten der Planung solle jetzt nicht gesprochen werden. Vielmehr sollten grundsätzliche Äußerungen zum Bundesverkehrswegeplan und den dort geplanten Vorhaben getroffen werden.

Herr Stadtverordneter Kleinen führte aus, dass eine Ortschaft nicht mehr benachteiligt werden solle als eine andere Ortschaft. Daher regte er wie bereits im Stewi an, den zweiten Satz der Stellungnahme zu ändern, sodass dieser folgendermaßen lautet:

„Bei der noch anstehenden Linienbestimmung wird darauf zu achten sein, dass es in den der Linie benachbarten Orten nicht zu unzumutbaren Immissionen und benachteiligenden Linienführung kommt.“

Herr Stadtverordneter Graf betonte, dass seine Anmerkung in Erinnerung behalten werden und die Stadt Geilenkirchen ggf. entsprechend intervenieren solle.

Herr Stadtverordneter Volles regte an, separat über einzelne Teile der Stellungnahme abzustimmen. Die Straßenführung im Bereich Scherpenseel und den Niederlanden stelle im Zusammenhang mit der B 221n einen erheblichen Eingriff in die Landschaft in Grotenrath und Scherpenseel dar. Eine große Straße solle auf diesem Gebiet nicht gebaut werden. Daher solle getrennt über den ersten und zweiten Teil der Stellungnahme abgestimmt werden.

Herr Stadtverordneter Benden unterstützte die Äußerung des Herrn Volles und erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem zweiten Abschnitt der Stellungnahme zustimmen würden. Falls im Block über die gesamte Stellungnahme abgestimmt werde, müsse die Fraktion gegen die Stellungnahme stimmen. Die Straße im Bereich Scherpenseel und Grotenrath sei möglicherweise nicht notwendig, da noch unklar ist, ob sich der Verkehrsfluss nach Anbindung an die A 46 ggf. verändern werde. Der für die Trasse bestimmte Planungskorridor sei kaum tragbar. Daher solle getrennt abgestimmt werden.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter wies darauf hin, dass es sich hier nicht um ein förmliches Verfahren handle. Es müsse nicht zwingend eine Stellungnahme von Verwaltung und Rat abgegeben werden. Fraktionen könnten auch einzelne Stellungnahmen abgeben, die von ihrer Wichtigkeit genauso behandelt würden wie Stellungnahmen eines ganzen Stadtrates.

Frau Stadtverordnete Brandt erklärte, dass sie die schwammige und unklare Formulierung störe. Man befinde sich momentan nicht im Entscheidungsprozess. Es wäre besser, wenn die Probleme klarer dargestellt werden würden.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen merkte an, dass im zweiten Abschnitt der Stellungnahme auch der Tierschutz enthalten sein solle. Im Bauamt habe sie die Information erhalten, dass die Linienführung noch nicht beschlossen sei und Bürger später beteiligt werden würden. Die Ortschaft Hatterath sei von den Plänen auch betroffen. Der von der Verwaltung entworfenen Stellungnahme könne nach Aussage des Bauamtes zugestimmt werden, ohne in Nöte zu geraten.

Herr Stadtverordneter Paulus stimmte der Aussage der Frau Stadtverordneten Kals-Deußen zu. Er verstehe die Einwürfe der Herren Stadtverordneten Benden und Volles. Allerdings seien eine Umweltverträglichkeitsstudie und Verkehrsprognosen durchgeführt worden. Heute solle über Grundsätzliches entschieden werden. Über die Trassenführung werde seit den 1990er Jahren gesprochen. Weiteres solle im weiteren Verlauf des Verfahrens beraten werden. Bezüglich des Waldes in Hatterath sei anzunehmen, dass sich Verbände etwa aus dem Bereich der Ökologie zu Wort melden. Die Abstände der Trasse zu den einzelnen Orten sollten später thematisiert und diskutiert werden.

Herr Stadtverordneter Kleinen betonte, dass die Fraktionen lediglich frühzeitig Hinweise geben wollen und diese im Protokoll festgehalten werden sollten. Die Fraktionen wissen, welche Verfahren folgen, aber dennoch sollen Hinweise der Fraktionen bereits zu diesem Zeitpunkt festgehalten werden.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz beantragte, den ersten Teil der Stellungnahme um folgenden Satz zu ergänzen:

„Die Notwendigkeit der Ortsumgehung Scherpenseel ist erneut zu prüfen, weil durch die Autobahnanbindung der A 46 in die Niederlande die Möglichkeit besteht, die Ortschaft Scherpenseel vom Schwerlastverkehr zu entlasten.“

Herr Stadtverordneter Grundmann erklärte, dass er der von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellungnahme zustimmen werde. Das Verkehrsaufkommen werde auf der neuen Trasse nicht extrem hoch sein, da eine Fahrt über die neue Trasse je nach Route zu Umwegen führe. Die Bedenken des Herrn Stadtverordneten Kleinen seien richtig.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter fasste zusammen, dass Herr Stadtverordneter Dr. Evertz einen Ergänzungsantrag zum ersten Teil der Stellungnahme gestellt habe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben getrennte Abstimmungen über zwei Teile der Stellungnahme beantragt. Herr Stadtverordneter Kleinen habe ebenfalls einen Ergänzungsantrag gestellt.

Zunächst rief Bürgermeister Schmitz zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Herrn Stadtverordneten Dr. Evertz bezüglich der Ergänzung des ersten Teils der Stellungnahme auf.

Beschlussvorschlag:

Der erste Teil der Stellungnahme wird um den folgenden Satz ergänzt:

„Die Notwendigkeit der Ortsumgehung Scherpenseel ist erneut zu prüfen, weil durch die Autobahnanbindung der A 46 in die Niederlande die Möglichkeit besteht, die Ortschaft Scherpenseel vom Schwerlastverkehr zu entlasten.“

Abstimmungsergebnis:

Ja:	13
Nein:	25
Enthaltung:	0

Bürgermeister Schmitz rief danach zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Herrn Stadtverordneten Kleinen bezüglich der Ergänzung des ersten Teils der Stellungnahme auf.

Beschlussvorschlag:

Der dritte Satz der Stellungnahme wird abgeändert, sodass er folgendermaßen lautet:
„Bei der noch anstehenden Linienbestimmung wird darauf zu achten sein, dass es in den der Linie benachbarten Orten nicht zu unzumutbaren Immissionen und benachteiligenden Linienführung kommt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja:	34
Nein:	2
Enthaltung:	2

Schließlich rief Bürgermeister Schmitz zur Abstimmung über den zweiten Teil der Stellungnahme auf.

Beschlussvorschlag:

Die Sätze fünf und sechs der Stellungnahme werden entsprechend des Entwurfs der Verwaltung übernommen und lauten:
„Die Maßnahme des vierstreifigen Ausbaus der B 221 Geilenkirchen – AS Heinsberg (A46) wird begrüßt. Bei einer Linienführung der K4 durch ein Waldstück werden, in einem nachgelagerten Verfahren, die Belange des Waldes und der Naherholung zu betrachten sein.“

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

Der Rat verabschiedete somit folgende Stellungnahme zum Bundesverkehrswegeplan 2030:

„Die Stadt Geilenkirchen begrüßt grundsätzlich das Ziel, die Bundesverkehrswegesituation zu optimieren.“

Bezogen auf die Maßnahme **B 221 OU Scherpenseel** wird die Notwendigkeit dieser Maßnahme geteilt.

Bei der noch anstehenden Linienbestimmung wird darauf zu achten sein, dass es in den der Linie benachbarten Orten nicht zu unzumutbaren Immissionen und benachteiligenden Linienführung kommt.

Bezogen auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs wird dann auch zu untersuchen sein, ob das Teilstück der L42 alt zwischen der Anschlussstelle Teveren und der Umgehungsstraße (B 56) ausreichend leistungsfähig ist.

Die Maßnahme des vierstreifigen Ausbaus der **B 221 Geilenkirchen – AS Heinsberg (A46)** wird begrüßt. Bei einer Linienführung der K4 durch ein Waldstück werden, in einem nachgelagerten Verfahren, die Belange des Waldes und der Naherholung zu betrachten sein.“

**TOP 5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Handhabung der Geschäftsordnung
Vorlage: 548/2016**

Herr Stadtverordneter Benden schilderte, dass das Vorgehen in der letzten Stewi-Sitzung zum Anlass für das Schreiben genommen worden sei. Es gebe eine Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Geilenkirchen, die einzuhalten sei. Fehler könnten zwar passieren, aber in der Stewi-Sitzung sei die Geschäftsordnung wissentlich, bewusst und selbstherrlich vom Ausschussvorsitzenden umgangen worden. Hierüber sei Herr Stadtverordneter Benden sehr erschrocken. Dem Protokoll könne entnommen werden, dass der Ausschussvorsitzende, der sonst ein Paradebeispiel für rechtmäßiges Verhalten sei, sich wissentlich über die Geschäftsordnung hinweggesetzt habe. Die Verwaltung sei gebeten worden, eine Stellungnahme darüber abzugeben, wie hinsichtlich der Redeordnung im Rat und den Ausschüssen künftig umgegangen wird. Die Geschäftsordnung sei nicht im Einklang mit der Ansicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, da zwei Wortmeldungen zu einem Tagesordnungspunkt zu wenig seien. Wenn jedoch nur laut Geschäftsordnung zwei Wortmeldungen zulässig seien, müsse dies im Rahmen des Gleichbehandlungsgrundsatzes für alle Gremienmitglieder gelten. Gegebenenfalls könne die Geschäftsordnung geändert werden. Die in der Geschäftsordnung getroffenen Regelungen seien zwingend einzuhalten.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass laut Geschäftsordnung zwei Redebeiträge zum selben Tagesordnungspunkt zulässig seien. Die Beiträge dürften jeweils maximal fünf Minuten dauern. Er verlas eine Stellungnahme zu dieser Angelegenheit, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist und erklärte, dass er und die Ausschussvorsitzenden künftig durchgreifen und keine dritten Redebeiträge zulassen würden.

Herr Stadtverordneter Kravanja führte aus, dass entscheidend sei, ob die Geschäftsführung eingehalten werde und wie viele Meldungen notwendig seien, um einen Punkt hinreichend zu erörtern. Wenn drei Meldungen zugelassen werden, könne dies dazu führen, dass Sitzungen besser laufen. Möglicherweise könne im Rat über eine solche Änderung der Geschäftsordnung nachgedacht werden.

Herr Stadtverordneter Grundmann regte an, dass Fraktionen, die einen Antrag gestellt haben, der auf die Tagesordnung einer Sitzung genommen wird, diesen Antrag vorstellen sollten, ohne dass diese Vorstellung als Wortmeldung gewertet werde. Möglicherweise könne ein entsprechender Passus in die Geschäftsordnung eingefügt werden.

Herr Stadtverordneter Weiler machte darauf aufmerksam, dass die Gefahr bestehe, dass die Zahl der Wortmeldungen durch stetige Änderungen der Geschäftsordnung sukzessive erhöht werden könne. Laut der Geschäftsordnung könnten auch Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden. Diese würden nicht als Wortmeldungen gewertet. Durch die Regelungen der Geschäftsordnung könnten Diskussionen zeitlich begrenzt werden. Möglicherweise könnte die Geschäftsordnung geändert werden, sodass ein Ratsmitglied „grundsätzlich zweimal zum selben Punkt der Tagesordnung sprechen“ dürfe. Dadurch könne flexibler gehandelt werden.

Herr Stadtverordneter Paulus legte dar, dass die Geschäftsordnung in der Vergangenheit grundsätzlich eingehalten worden sei. Teilweise sei die Regelung bei brisanteren Fragen großzügig gehandhabt worden. Ausnahmen seien dabei gemacht worden, sodass mehr als zwei Wortmeldungen zugelassen worden seien. Von diesen Ausnahmen hätten mehrere Fraktionen profitiert. Die Regelung solle wie in der Vergangenheit auch in Zukunft liberal gehandhabt werden, sodass auch weiterhin in Einzelfällen Ausnahmen möglich sein sollten.

Herr Stadtverordneter Kleinen sprach sich dafür aus, den Vorschlag des Herrn Stadtverordneten Grundmann aufzugreifen. Die Vorstellung eines auf die Tagesordnung gesetzten Antrages einer Fraktion solle nicht als Wortmeldung gewertet werden. Die antragstellende Fraktion solle zuerst das Wort erhalten.

Herr Stadtverordneter Benden führte aus, dass keine Debatte zur Änderung der Geschäftsordnung beabsichtigt worden sei. Wenn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darauf abgezielt hätte, die Geschäftsordnung zu ändern, hätte die Fraktion einen konkreten Antrag dazu eingereicht und im Vorfeld Gespräche mit den anderen Fraktionen geführt. Eine Stellungnahme des Bürgermeisters sei eingefordert worden, um Fairness einzuhalten und auf die Gleichbehandlung aller Stadtverordneten und Fraktionen zu achten. Laut der Niederschrift der Stewi-Sitzung würden dritte Wortmeldungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich nicht stattgegeben. Die soeben verletzte Stellungnahme des Bürgermeisters solle an den Ausschussvorsitzenden weiter gegeben werden.

Herr Stadtverordneter Gerads sprach sich dafür aus, künftig auch dritte Wortmeldungen zuzulassen. Alternativ könne ein Fraktionsmitglied, das bereits zwei Wortmeldungen abgegeben habe, weitere Wortmeldungen durch ein anderes Fraktionsmitglied äußern lassen. Möglicherweise könne die Redezeit von fünf Minuten verkürzt werden, um den Fluss der Sitzung zu erhöhen. Eine dritte Wortmeldung zuzulassen sei grundsätzlich sinnvoll.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass in den Fraktionen beraten werden könne, ob die Änderung der Geschäftsordnung zur Erhöhung der Anzahl der Wortmeldungen als Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt werden solle.

Herr Stadtverordneter Schumacher stellte klar, dass viele Fraktionen oft gegen diese Regelung verstoßen hätten. Der Rat und die Ausschüsse hätten sich dabei stets tolerant gezeigt.

Herr Stadtverordneter Jansen betonte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich oft über die Handhabung der Regelung aufgeregt habe und daher das nun diskutierte Schreiben verfasst habe. Bürgermeister Schmitz solle zusagen, dass die Geschäftsordnung künftig beachtet werde.

Bürgermeister Schmitz sagte zu, dass künftig zwei Wortmeldungen zum selben Tagesordnungspunkt zugelassen werden sollten. Die Redezeit werde maximal fünf Minuten betragen. Bei einem Verstoß gegen diese Regelungen werde er intervenieren. Bei Bedarf könne die Änderung der Geschäftsordnung zur Erhöhung der Wortmeldungen oder Veränderung der Dau-

er der Redezeit von den Fraktionen als Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt werden.

**TOP 6 Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP zur Errichtung eines Kreisverkehrs im Ortsteil Teveren, Kreuzung Chorherrenstraße/L 42
Vorlage: 518/2016**

Herr Stadtverordneter Kleinen verwies auf die Presseberichte und die bereits erfolgte Diskussion im Fachausschuss. Er werde dem geänderten Beschlussvorschlag aus dem Umwelt- und Bauausschuss (UBA) zustimmen. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung Kontakt zum Landesbetrieb Straßenbau.NRW aufgenommen habe.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter erklärte, dass die Verwaltung mit dem Landesbetrieb Straßenbau.NRW in Kontakt stehe. Der Beschluss aus dem UBA sei bereits an den Landesbetrieb übermittelt worden. Eine Stellungnahme werde erwartet. In der nächsten UBA-Sitzung werde die Angelegenheit erörtert.

Herr Stadtverordneter Weiler beantragte, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen:
„Der Kreisverkehr soll, falls genehmigt, ohne erhebliche Zeitverzögerung umgesetzt werden.“

Bürgermeister Schmitz verlas den geänderten Beschlussvorschlag und rief zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, intensive Gespräche mit dem zuständigen Straßenbaulastträger mit dem Ziel zu führen, dass dieser an der genannten Stelle statt einer Ampelanlage einen Kreisverkehr erstellt. Dabei sind sowohl eine langfristige Kosten-Nutzen-Betrachtung wie auch die mit dem Bau der B221n zu erwartenden Verkehrsflüsse zu würdigen. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen ist dem Umwelt- und Bauausschuss zu berichten. Die für den Bau und die Pflege entstehenden Kosten sollen vom zuständigen Baulastträger getragen werden. Der Kreisverkehr soll, falls genehmigt, ohne erhebliche Zeitverzögerung umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 7 Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP - Entwicklung von Bauflächen in den Stadtteilen Hünshoven, Immendorf und Würm
Vorlage: 048/2016**

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen den Beschlussvorschlag stimmen werden. Er begründete dies damit, dass der Antrag, wie bereits

im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung (Stewi) dargestellt, nicht auf eine langfristige Stadtentwicklung abziele, sondern kurzfristige Interessen bediene. Man solle nicht auf grüner Wiese in kleinen Orten bauen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der sterbenden Ortskerne solle kein Bauland ausgewiesen und dadurch weitere große Flächen versiegelt werden. Spekulationen mit Bauland sollten nicht vorangetrieben werden. Außerdem müsse geklärt werden, wie eine Bedarfsanalyse gestaltet werden solle. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe stets eine Bedarfsanalyse gefordert, aber immer nur die Aussage erhalten, dass Ortsvorsteher einen Bedarf sehen. Feste Kriterien für eine Bedarfsanalyse sollten aufgestellt werden, bevor weitere Schritte unternommen werden. Im nun diskutierten Beschlussvorschlag werde der dritte Schritt vor dem ersten gemacht. Herr Stadtverordneter Benden sei bei der Sitzung der Entwicklungsgesellschaft gewesen und erklärte, dass der Geschäftsführer ausgedrückt habe, dass er schnelle Entscheidungen nicht befürworte. Es bestehe die Gefahr, dass bei gleichzeitiger Ausweisung mehrerer Baugebiete diese miteinander konkurrieren. Eine solche Konkurrenzsituation innerhalb der Stadt solle vermieden werden. Außerdem werde befürchtet, dass eine Verpflichtung zur Bebauung eines Grundstücks innerhalb von drei Jahren nach Erwerb nicht mehr haltbar sein könne und die Frist möglicherweise auf fünf oder zehn Jahre verlängert werden könne. Dadurch würden Spekulationen weiter angetrieben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich daher gegen den Beschlussvorschlag aus und würde es begrüßen, wenn andere Fraktionen diesem Vorgehen folgen.

Herr Stadtverordneter Kleinen führte aus, dass Herr Stadtverordneter Benden die Standpunkte ausführlich im Stewi und in der Ratssitzung dargestellt habe. Wie Herr Stadtverordneter Benden werde auch Herr Stadtverordneter Kleinen regelmäßig von Bürgern bei Problemen angesprochen. Auf diese Vorlage habe die Bevölkerung jedoch gegenüber Herrn Stadtverordneter Kleinen positives Feedback gegeben. Das Vorschreiten werde befürwortet. Einige Bürger hätten auch geäußert, dass sie wegziehen würden, wenn in ihrem Wohnort oder in der Umgebung ihres Wohnortes keine neuen Baugebiete entwickelt werden würden. Zwar würden vorhandene leer stehende Gebäude oder einzelne Baugrundstücke teilweise nicht veräußert, allerdings wollen viele Menschen auch keinen Altbau kaufen und kostenintensiv sanieren, sondern ein neues Haus bauen. Da Bedarf vorhanden sei, sei keine Analyse erforderlich. Die Ortsvorsteher, Verwaltung und Ratsmitglieder würden mehrfach angesprochen und darum gebeten, sich für neue Baugebiete einzusetzen.

Herr Stadtverordneter Kravanja stimmte Herrn Stadtverordneter Benden dahingehend zu, dass die Stadt nicht in unendliche Flächengrößen wachsen könne und dürfe. Es sei jedoch denkbar, dass Einwohner wegziehen, wenn sie kein passendes Grundstück finden. Als Mittelweg könnten Baugebiete mit mittelfristiger Entwicklungsperspektive angeboten werden. Es solle erörtert werden, was möglich sei. Herr Stadtverordneter Kravanja äußerte die Sorge, dass die S-Bauland Interesse an der Ausweisung großer Baugebiete habe, mit denen einfache Gewinne gemacht werden könnten. Es sei bereits angeregt worden, dass die Stadt kleinere Baugebiete wieder selbst entwickeln solle. Die Bürgerliste werde dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Frau Stadtverordnete Kals-Deußen erklärte mit Verweis auf den Stewi, dass junge Leute neue Häuser bauen und nicht alte Häuser kaufen wollen. Zusammen mit Herrn Stadtverordneter Gerads habe sie Kenntnis von zwanzig Interessenten in Gillrath und Hatterath, die sich in den Ortschaften niederlassen und dort bauen möchten. Dabei handele es sich überwiegend um junge Menschen. Man solle sich nicht darum sorgen, dass durch die Ausweisung von Baugebieten Spekulationen vorangetrieben werden könnten. Der vorliegende Antrag solle sicherstellen, dass die Entwicklungsgesellschaft sich auch um die vorgetragenen Belange kümmern solle. Nicht nur Teveren und Lindern, sondern auch kleinere Orte sollten berücksichtigt werden. Die Fraktion „Für GK!“ werde daher den Antrag unterstützen.

Herr Stadtverordneter Kappes legte dar, dass in Immendorf bereits seit längerer Zeit Bedarf für Baugebiete gesehen werde. Herr Stadtverordneter Kappes und der Ortsvorsteher Herr Thelen seien bereits diesbezüglich angesprochen worden. Die Gespräche seien bereits geführt worden, bevor der vorliegende Antrag gestellt worden sei. Herr Stadtverordneter Kappes erklärte seine Unterstützung für den Antrag. Baugebiete in den Dörfern würden benötigt, um die Jugend in den Dörfern zu behalten. Ohne die Ausweisung von Baugebieten bestehe die Gefahr, dass junge Leute wegziehen und die Dörfer vergeisen.

Herr Stadtverordneter Gerads betonte, dass der demografische Faktor beachtet werden müsse. Die Ansiedlung junger Familien müsse ermöglicht werden, sodass junge Menschen die Gelegenheit haben, in ihrem Heimatort zu bleiben und sich um ihre Eltern kümmern zu können. Wie von Frau Stadtverordneter Kals-Deußen berichtet, liegen Listen vor, in die sich junge Leute ohne Eigentum eingetragen haben, die ortsnah eine Heimat finden möchten. Der Grundstücksbedarf für junge Familien solle in jedem Ort gedeckt werden. Daher werde Herr Stadtverordneter Gerads dem Antrag zustimmen.

Herr Stadtverordneter Weiler verwies auf die Parallelitäten zum Bundesverkehrswegeplan. Eine Bedarfsanalyse liege vor. Der Rat solle nun eine generelle Entscheidung treffen. Wenn später konkrete Pläne vorliegen, könne der Rat diese ablehnen oder ihnen zustimmen. Kinder wollen oft in der Nähe ihrer Eltern bleiben. Daher sollten hierfür neue Grundstücke geschaffen werden.

Herr Stadtverordneter Paulus erklärte, dass die Entwicklung von Bauland in der Vergangenheit stets sinnvoll und mit Augenmaß durchgeführt worden sei. Damit sei man immer gut beraten gewesen. Spekulationen über Baulandpreise würden angefeuert, wenn zu wenig Bauland ausgewiesen werden würde. Herr Stadtverordneter Paulus werde daher den Antrag unterstützen.

Herr Stadtverordneter Grundmann führte aus, dass die Fraktion SPD-Linke den Antrag unterstützen werde. Im Beschlussvorschlag seien die Forderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits enthalten. Bei der Baulandentwicklung dürften die Dörfer nicht vergessen werden.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz stellte klar, dass der Bedarf gedeckt werden müsse, wenn Interessenten vorhanden seien. Ein Verfahren zur Bedarfserhebung müsse aber festgelegt werden. Bedarf dürfe nicht künstlich erzeugt werden. Es müsse geklärt werden, wo und wie Baugebiete erfasst und ausgewiesen werden sollten. Auch eine Abstimmung mit dem Flächennutzungsplan solle erfolgen. Noch sei nicht klar, ob der Bedarf wirklich bestehe. Im Parteiprogramm der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und auch in den Programmen anderer Parteien sei erklärt worden, dass Flächenfraß gestoppt werden solle. Dieses Ziel sei auch in Landesgesetzen festgeschrieben und müsse beachtet werden. Eine echte Bedarfsanalyse sei nötig. Die Namen der Interessenten sollten beispielsweise notiert und bei der Stadt eingereicht werden. Altbauten könnten und müssten verkauft und weiter genutzt werden, da sonst die aus Altbauten bestehenden Ortskerne aussterben würden.

Herr Stadtverordneter Gerads sagte zu, die Liste mit Interessenten an den Bürgermeister weiter zu leiten.

Herr Stadtverordneter Hoffmann stellte einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Rednerliste.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung auf.

Beschlussvorschlag:

Die Rednerliste wird geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	5
Enthaltung:	0

Nach Schluss der Rednerliste rief Bürgermeister Schmitz zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag aus dem Stewi vom 14.04.2016 auf.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung verfolgt in Abstimmung mit der ESG die Entwicklung weiterer Baugebiete und stellt diese jeweils unverzüglich vor, sobald die Voraussetzungen – wie landesplanerische Abstimmung, Flächenverfügbarkeit und Bedarf – vorliegen.

Die Verwaltung erstellt in Kooperation mit der Entwicklungsgesellschaft eine mittelfristige Entwicklungsperspektive.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	33
Nein:	5
Enthaltung:	0

TOP 8 Antrag der CDU-Fraktion auf Ernennung von sachkundigen Bürgern der CDU-Fraktion als "allgemeine Vertreter" in Ausschüssen
Vorlage: 536/2016

Beschlussvorschlag:

Die von der CDU-Fraktion benannten Personen werden als sachkundige Bürger und allgemeine Vertreter für Ausschüsse mit Ausnahme der in § 59 GO NRW genannten Ausschüsse sowie des Jugendhilfeausschusses benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 9 Umbesetzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur
Vorlage: 537/2016**

Beschlussvorschlag:

Frau Kirsten vom Scheidt wird als originäres Mitglied des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur durch Herrn Heinz-Arno Plum ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 10 Auflösung und Neubildung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 539/2016**

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss des Rates vom 13.01.2016 über die Auflösung von Ausschüssen wird dahingehend geändert, dass von der Auflösung der Ausschüsse explizit der Jugendhilfeausschuss ausgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	38
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 11 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Herr Stadtverordneter Graf erklärte, dass er wiederholt im Umwelt- und Bauausschuss (UBA) bezüglich der Glasfaser nachgefragt habe. In Teveren seien Mängel entdeckt worden. Er erkundigte sich, ob die Abnahme schon geschehen sei und wann die Mängel beseitigt werden würden.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter führte aus, dass er diese Fragen schriftlich beantworten werde.

Frau Stadtverordnete Brandt berichtete, dass sie bereits in der Vergangenheit auf die Lärmbeeinträchtigung durch den Musikpark hingewiesen habe. Messungen hätten in der Zwischenzeit stattgefunden. Diese hätten ergeben, dass sich der Lärmpegel im zulässigen Bereich bewegt habe. Ein Gutachter sei beauftragt und ein repräsentativer Immissionspunkt gewählt worden. Frau Stadtverordnete Brandt erkundigte sich, wer den Messpunkt nach welchen Kriterien ausgewählt habe.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter legte dar, dass der Messpunkt von dem Gutachter nach dem Regelwerk und seiner Sachkenntnis gewählt worden sei.

Frau Stadtverordnete Brandt erläuterte, dass die Anwohner aus dem oberen Bereich der Walloniestraße sich über den Lärm beschwert hätten. Anwohner aus dem unteren Bereich hätten sich nicht beschwert. Die Messung sei im unteren Bereich erfolgt. Frau Stadtverordnete Brandt erkundigte sich, wann die Messung durchgeführt worden sei und ob dem Gutachter mitgeteilt worden sei, aus welchem Bereich Beschwerden der Anwohner eingegangen seien.

Herr Alexander Jansen beschrieb, dass der Gutachter den Inhalt der Beschwerden anonymisiert erhalten habe. Am vergangenen Samstag vor zwei Wochen sei die Messung erfolgt.

Herr Stadtverordneter Kravanja berichtete, dass die Fraktion Bürgerliste am 15.04.2016 sowie am 22.04.2016 Anfragen an den Bürgermeister gerichtet habe, die in dieser Sitzung beantwortet werden sollten.

Bürgermeister Schmitz verlas eine Stellungnahme bezüglich des Tourismus- und Wirtschaftsförderungskonzepts. Diese Stellungnahme ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass mit Unterhaltungskosten von 20.000 bis 30.000 Euro jährlich gerechnet werde. Dass, wie in der Presse berichtet, mit einem Millionenbetrag jährlich gerechnet werden müsse, stimme nicht. Angebote von Firmen seien bereits eingeholt worden.

Bezüglich des Industriegebiets Lindern verlas Bürgermeister Schmitz ebenfalls eine Stellungnahme, die dieser Niederschrift ebenfalls als **Anlage** beigelegt ist.

Herr Stadtverordneter Paulus erkundigte sich hinsichtlich der Abholzung der Einflugschneise in Teveren zur Flugsicherung. Entlang des Wirtschaftswegs in Richtung des Sportplatzes liege momentan weniger Gehölz als nach den Abholzungsarbeiten. Dies sei kein sehenswerter Anblick für Fahrradfahrer und andere Besucher. Der Bundesforst solle die Bewirtschaftung übernehmen und auch für die Abholzung und den Abbau sorgen. Die Verwaltung solle mit Nachdruck den Bundesforst ansprechen, damit dieser die begonnenen Pflegemaßnahmen auch zu Ende führe.

Herr Stadtverordneter Kleinen erklärte, dass vor etwa ein bis zwei Jahren besprochen worden sei, dass im Rahmen der Stadtverschönerung Schilder mit der Aufschrift „Geilenkirchen – unsere Stadt“ aufgestellt werden sollten. Diese Schilder seien an den Hauptzufahrtstraßen aufgestellt worden. Es sei besprochen worden, dass weitere Schilder beschafft und nicht nur um den Stadtkern, sondern auch an den Hauptzufahrtstraßen des Stadtgebiets aufgestellt werden sollten. Herr Stadtverordneter Kleinen erkundigte sich nach dem Sachstand und fragte, ob die Schilder besorgt worden seien und wo sie aufgestellt werden sollten.

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass diese Frage schriftlich beantwortet werde. Die Verwaltung werde entsprechende Informationen einholen.

Herr Stadtverordneter Kasper fragte, ob der Gewerbesteuerhebesatz auf der Homepage der Stadt Geilenkirchen aktualisiert werden könne. Der Hebesatz betrage mittlerweile 418 Prozent und nicht mehr wie auf der Homepage dargestellt 415 Prozent.

Bürgermeister Schmitz berichtete, dass die Verwaltung sich darum kümmern werde.

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass ein erhebliches Beratungspotenzial bezüglich der geplanten Aufstellung eines Awacs-Flugzeugs bestehe und erkundigte sich, inwieweit der Bürgermeister öffentlich Auskunft geben könne. In der nächsten Stewi-Sitzung solle entweder im öffentlichen Teil oder im nichtöffentlichen Teil über die Angelegenheit gesprochen werden. Die Fraktionen würden alles wissen wollen.

Bürgermeister Schmitz stellte klar, dass noch Zeit benötigt werde. Er sei zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit dem Konzept an den Rat herangetreten und bereue dies inzwischen angesichts der von vielen Seiten geäußerten Kritik. Die Angelegenheit werde weiterhin verfolgt. Bis Sommer solle abgewartet werden. Vorher könne Bürgermeister Schmitz noch keine Details mitteilen.

Herr Stadtverordneter Benden kündigte an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dennoch beantragen werden, die Angelegenheit als Tagesordnungspunkt im nächsten Stewi zu behandeln. Die Angelegenheit solle im zuständigen Fachausschuss vorberaten und bearbeitet werden, um nicht unnötig Arbeitskraft im Rat zu binden. Außerdem berichtete Herr Stadtverordneter Benden, dass kürzlich eine zweite Brandschutzübung in der Grundschule Teveren stattgefunden habe. In der Turnhalle habe diese Übung jedoch nicht stattgefunden, obwohl sich dort Schüler befunden hätten. Herr Stadtverordneter Benden erkundigte sich, ob die Schüler in weniger als drei Minuten aus dem Gebäude evakuiert worden seien. Eine Klasse sei nur auf die Übung aufmerksam geworden, weil ein Schüler gesehen habe, dass andere Schüler aus dem Gebäude gelaufen seien. Das Signal sei von dieser Klasse nicht gehört worden.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Schulleiterin Frau Lichtenberg dies auch der Verwaltung mitgeteilt habe. Die Sirene sei zunächst im ersten Teil des Gebäudes betätigt worden. Bevor die Sirene im zweiten Teil des Gebäudes betätigt worden sei, seien die aus dem ersten Teil des Gebäudes herauslaufenden Schüler bereits von einem Schüler im zweiten Gebäudeteil gesehen worden. Wenn der Schüler diese Bemerkung nicht gemacht hätte, sei die Klasse etwa zwanzig bis dreißig Sekunden später aus dem Gebäude heraus gekommen. Bezüglich der Turnhalle führte Bürgermeister Schmitz aus, dass diese sich in einem anderen Brandabschnitt befinde und vom Gebäudeteil separiert sei. Über das Schulgebäude sei die Turnhalle nicht zu erreichen. Bei einem Brand in der Turnhalle bestehe keine direkte Gefahr für das Schulgebäude und umgekehrt.

Herr Stadtverordneter Weiler erkundigte sich unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des Bürgermeisters zum Tourismus- und Wirtschaftsförderungskonzept, ob die Kosten für das Fundament auch die Kosten für das Gestell für das Flugzeug enthalten würden. Nach Aussage des Bürgermeisters müssten die Kosten für das Fundament noch ermittelt werden.

Bürgermeister Schmitz legte dar, dass nicht das Gestell, sondern das Betonfundament gemeint gewesen sei. Das Fundament könne wahrscheinlich durch einen Sponsor günstig bereitgestellt werden.

Herr Stadtverordneter Weiler machte darauf aufmerksam, dass Treppen, Aufzug und Geländer noch fehlen würden.

Bürgermeister Schmitz führte aus, dass ein Aufzug aus Kostengründen nicht installiert werden solle. Stattdessen solle eine behindertengerechte Rampe gebaut werden.

Herr Stadtverordneter Grundmann erklärte bezüglich des Industriegebiets Lindern, dass die Fraktion SPD-Linke geschlossen an der Sitzung des Kreisausschusses teilgenommen habe. In diesem Ausschuss sei auch das Projekt „Irene“ vorgestellt worden. Herr Stadtverordneter Grundmann fragte, ob die Verwaltung dieses Projekt auch im Stewi vorstellen könne und was notwendig sei, damit das Projekt schnell gestartet werden könne.

Bürgermeister Schmitz beschrieb, dass an dem Projekt „Irene“ auch die RWTH Aachen mit Herrn Professor de Doncker beteiligt sei. Unter anderem sei eine Mischung aus regenerativen Energien geplant. Möglicherweise könne Herr Professor de Doncker gefragt werden, ob er das Projekt im Stewi vorstellen könne. Es werde noch einige Zeit dauern, bis das Projekt in Angriff genommen werden könne.

Herr Stadtverordneter Mesaros berichtete, dass der Spielplatz an der Walloniestraße zurückgebaut worden sei und nun sowohl weiterhin von spielenden Kindern als auch als Hundewiese genutzt werde. Herr Stadtverordneter Mesaros fragte, was mit dem Grundstück geschehen solle. Die Anwohner würden kritisieren, dass der Spielplatz zu früh zurückgebaut worden sei.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter schilderte, dass ein Planverfahren durchgeführt werden müsse, damit das Grundstück weiter genutzt werden könne. Dieses Verfahren werde derzeit vorbereitet. Die Verwaltung werde zu einem konkreten Zeitpunkt Informationen weitergeben.

Auf Nachfrage des Herrn Stadtverordneten Jansen erklärte Bürgermeister Schmitz, dass der Glasfaserausbau in der Innenstadt seiner Kenntnis nach bis Ende 2016 erfolgen werde.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter ergänzte, dass die Breitbandversorgung im Stadtzentrum mit VDSL auf Initiative der Telekom vorangetrieben werde. Im vergangenen Jahr habe die Deutsche Glasfaser ein Angebot für die Versorgung der Stadtzentren im Kreis Heinsberg mit Glasfaseranschlüssen vorgelegt. Diese Versorgung der Stadtzentren sei auch derzeit noch ein Vorhaben der Deutschen Glasfaser. Es sei allerdings noch nicht klar, ob und wann eine Nachfragebündelung von der Deutschen Glasfaser durchgeführt werde. Im Rahmen der nächsten Kontakte werde die Verwaltung sich bei der Deutschen Glasfaser diesbezüglich erkundigen.

Frau Stadtverordnete vom Scheidt berichtete, dass in einer der letzten Sitzungen mitgeteilt worden sei, dass die Spielgeräte auf dem Markplatz mit einem anderen Untergrund versehen werden sollten. Sie erkundigte sich, wann die Spielgeräte mit welchem Untergrund versehen werden sollten und wann die Absperrzäune auf dem Markt entfernt werden würden.

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass diesbezüglich auch Anfragen von Herrn Stadtverordneten Hoffmann per E-Mail gestellt worden seien und verlas die Antwort der Verwaltung, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist. Der neue Untergrund solle schnellstmöglich ausgelegt werden. Es sei geplant, die Spielgeräte zur Jahresmitte wieder freizugeben.

Auf Nachfrage des Herrn Stadtverordneten Dr. Evertz bezüglich des Sachstands der Flächen-suche für den Bürgerwald erklärte Herr Technischer Beigeordneter Mönter, dass eine Vorlage

zu dieser Angelegenheit nach Zusammenstellung der notwendigen Informationen zur Behandlung im zuständigen Ausschuss nach der Sommerpause vorgelegt werde.

Herr Stadtverordneter Banzet erkundigte sich bezüglich des Ergebnisses der Kostenanalyse der Kita Teveren, ob eine Sanierung oder ein Neubau durchgeführt werden solle.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass eine Kostenanalyse im nächsten UBA vorgestellt und ausgewertet werden solle. Die Gremien sollten entscheiden, ob ein Neubau oder eine Sanierung durchgeführt werden solle. Drei Investoren seien an einem Neubau interessiert.

Herr Stadtverordneter Kuhn führte aus, dass Kreisverkehre im Stadtgebiet unterschiedlich gestaltet seien. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung den Kreisverkehr an der K 24 Prummern/Beeck anders gestalten könne. Vor etwa 1 ½ Jahren sei beantragt worden, eine andere Gestaltung dort zu planen.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter stellte fest, dass es sich hierbei um einen Kreisverkehr an einer Kreisstraße handle und der Kreis Heinsberg daher für die Gestaltung des Kreisverkehrs zuständig sei. Die Stadt Geilenkirchen könne den Kreisverkehr zwar anders gestalten, jedoch sei dies dann eine freiwillige Leistung. Die Verwaltung werde Kontakt zum Kreis Heinsberg aufnehmen und sich erkundigen, ob eine gestalterische Maßnahme an dem Kreisverkehr geplant sei.

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass Herr Stadtverordneter Benden sich per E-Mail an die Verwaltung gewendet und kritisiert habe, dass das Ratsinformationsprogramm in den vergangenen Tagen teilweise nicht funktioniert habe.

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass das Programm über mehrere Tage nicht abrufbar gewesen sei. Von Mitarbeitern der Verwaltung habe er einen Ausdruck der Einladung in Papierform erhalten. Eine Vorbereitung auf diese Sitzung wäre sonst nicht möglich gewesen. Herr Stadtverordneter Benden äußerte, dass er erwarte, dass Sitzungsunterlagen künftig per Boten in Papierform zugestellt werden würden, wenn der Verwaltung bekannt sei, dass das Sitzungsprogramm einige Tage nicht funktionieren werde.

TOP 12 Fragestunde für Einwohner

Der Tagesordnungspunkt wurde zunächst als Punkt zwei nach dem TOP „Mitteilungen des Bürgermeisters“ behandelt.

Der Einwohner Herr Wetzlar erkundigte sich, ob der Tagesordnungspunkt an das Ende des öffentlichen Teils verschoben werden könne. Es sei denkbar, dass Bürger Fragen zu den in der Sitzung diskutierten Tagesordnungspunkten haben und/oder zunächst die Argumente des Rates und seine Haltung zu einem Punkt anhören wollen.

Herr Stadtverordneter Benden erklärte, dass der Vorschlag zur Verlegung des Tagesordnungspunktes an den Beginn des öffentlichen Teils in seinem Beisein gemacht worden sei. Er sehe aber auch das von Herrn Wetzlar geschilderte Problem. Die Bürger müssten Nachfragen zu in der Sitzung diskutierten Punkten stellen können. Herr Stadtverordneter Benden beantragte daher, den Tagesordnungspunkt „Fragestunde für Einwohner“ an das Ende des öffentlichen Teils der Sitzung zu verschieben.

Bürgermeister Schmitz rief zur Abstimmung über folgenden Beschlussvorschlag auf:

Beschlussvorschlag:

Der Tagesordnungspunkt „Fragestunde für Einwohner“ wird als neuer Punkt 12 am Ende des öffentlichen Teils der Ratssitzung behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	1

Der Tagesordnungspunkt wurde sodann später als TOP 12 in der Sitzung aufgerufen.

Der Einwohner Herr Wetzlar erkundigte sich über den Sachstand der Umgehungsstraße Scherpenseel. Bürger aus Grotenrath seien am 28.04.2016 zu einer Veranstaltung in Scherpenseel eingeladen worden, bei der eine Trassenführung vorgestellt werden solle, die Grotenrath nicht mehr betreffen würde. Da in der Ratssitzung unter dem Punkt „Bundesverkehrswegeplan 2030 – Konsultationsverfahren“ ausgesagt worden sei, dass die Trassenführung noch nicht feststehe, bat Herr Wetzlar um Klarstellung seitens der Verwaltung.

Bürgermeister Schmitz teilte mit, dass er an dieser Veranstaltung in Scherpenseel ebenfalls teilnehmen werde. Die Trassenführung stehe noch nicht hundertprozentig fest.

Der Einwohner Herr Ronneberger fragte, ob die Mikrofonanlage im Großen Sitzungssaal überprüft werden könne, da man in den Zuschauerreihen teilweise nicht hören könne, was die Stadtverordneten sagen. Dies sei ihm bereits öfter aufgefallen.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Anlage entsprechend überprüft werde.

Die Einwohnerin Frau Peetz führte aus, dass eine erneute Brandschutzübung in der KGS Teveren durchgeführt worden sei, die nach Aussage des Bürgermeisters gut funktioniert habe. Frau Peetz erkundigte sich, was geschehe, wenn ein Feuer während des Schulbetriebs nicht entdeckt werde, weil keine Brandmeldeanlage vorhanden sei und wie verfahren werden solle, wenn z.B. ein Feuer von Kindern entdeckt werde und ausschließlich Lehrpersonal und keine Hausmeister o.ä. anwesend sein sollten. Frau Peetz erkundigte sich, ob ein/e Lehrer/in in diesem Fall die zu beaufsichtigende Klasse alleine lassen und die Sirene betätigen solle. Der in der KGS Teveren vorgesehene Ablaufplan funktioniere nur, wenn auch Hausmeister o.ä. anwesend seien und der Brand rechtzeitig entdeckt werde. Frau Peetz verwies auf eine neue Regelung, gemäß der ab dem 01.01.2017 in jedem Haushalt die Pflicht zur Installation von Rauchmeldern besteht und erkundigte sich, ob es eine ähnliche Regelung nicht auch für Grundschulen gebe.

Bürgermeister Schmitz erklärte, dass die Verwaltung weiter an dem Brandschutzkonzept arbeite. Grundschulen, so auch die Grundschule Teveren, würden wie alle städtischen Gebäude weiterhin überprüft.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter äußerte Verständnis für die Sorgen der Einwohner und stellte klar, dass die Vorschriften eingehalten würden. Es bestehe eine Anweisung zur

Schulräumung im Brandfall, Diese müsse von der Schulleitung oder dem Lehrpersonal umgesetzt werden und wäre auch bei Vorhandensein einer Brandmeldeanlage zu beachten. Die Lautstärke und Hörbarkeit der Handsirenen seien mit Messgeräten getestet worden. Nach Aussage verschiedener Bauaufsichtsbehörden seien die Anforderungen hinsichtlich des Brandschutzes in der KGS Teveren erfüllt. Auch ein Brandschutzsachverständiger habe die Schule im Rahmen eines Ortstermins überprüft und bestätigt, dass die Schule aus Brandschutzsicht sicher sei. Wenige Modifikationen müssten noch erfolgen, die jedoch nicht mit der Alarmierung zusammenhängen würden. Natürlich könnten stets modernere, aufwändigere und kostenintensivere Vorgehensweisen vorgenommen werden, aber die Verwaltung halte die Erfordernisse bezüglich des Brandschutzes ein. Der Zeitrahmen gestalte sich so, dass ein Konzept erstellt und Angebote eingeholt werden sollten. Die Maßnahmen sollten umgesetzt werden, wenn Haushaltsmittel verfügbar seien. Dies könne möglicherweise bereits im laufenden Jahr 2016 der Fall sein. Mittel seien in jedem Fall im Haushalt 2017 eingeplant, sodass die Maßnahmen dann durchgeführt werden könnten. Automatische Meldeanlagen seien nicht geplant. Vorgesehen seien vielmehr die Abschottung des zweiten Treppenhauses sowie die Umsetzung von Baurichtlinien. So wie die Schule heute gestaltet sei, entspreche sie den brandschutzrechtlichen und -technischen Anforderungen.

Der Einwohner Herr Jöris beschrieb, dass bei der Stellungnahme der Verwaltung zum Bundesverkehrswegeplan ausgedrückt worden sei, dass die Dörfer bei Immissionen berücksichtigt würden. Herr Jöris erkundigte sich, warum vorhandene Immissionen, etwa von der NATO, in der Stellungnahme nicht berücksichtigt werden würden. Die gesamten Immissionen, also sowohl bereits vorhandene Immissionen als auch solche, die durch eine neue Trassenführung auf einen Ort zukommen, sollten berücksichtigt werden.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter betonte, dass es sich um eine Stellungnahme der Verwaltung zum Bundesverkehrswegeplan handele. In die Planung des Bundesverkehrswegeplans seien viele Parameter zur Festlegung als Bedarfsplanung einbezogen worden. Bezüglich der Ortslagen gebe es bei der späteren Trassenplanung Vorgaben darüber, welche Immissionen beachtet werden müssten. So werde beispielsweise differenziert, ob Immissionen durch Straßenbau oder andere Faktoren ausgelöst werden. Außerdem werde untersucht, ob Immissionsgrenzwerte eingehalten würden. Diese Grenzwerte seien je nach Gebiet unterschiedlich. Beispielsweise werde zwischen Dorf-, Wohn- und Mischgebiet unterschieden. Gegebenenfalls müssten Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Im weiteren Verlauf des Verfahrens würden die Anwohner und andere von der Planung Betroffene die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen erhalten.

Der Einwohner Herr Ronneberger fragte, ob das im Rahmen des Tourismusförderungskonzepts aufzustellende Flugzeug bereits schriftlich bei der NATO von der Stadt Geilenkirchen oder dem Projektleiter Herrn Baeumer beantragt worden sei.

Bürgermeister Schmitz berichtete, dass eine schriftliche Fixierung am 02.05.2016 bei einem Termin in Brunssum erfolgen werde.

Der Einwohner Herr Ronneberger merkte an, dass eine solche schriftliche Fixierung bereits früher hätte geschehen sollen, um Prozesse zu beschleunigen.

Bürgermeister Schmitz beendete die Sitzung nach diesem Tagesordnungspunkt. Er verabschiedete die Zuschauer und die Vertreter der Presse, dankte für die Aufmerksamkeit und das Interesse und wünschte noch einen angenehmen Abend.

Sitzung endet um: 20:29 Uhr

Vorsitzender

A handwritten signature in blue ink that reads "Georg Schmitz". The signature is written in a cursive style with a prominent loop at the end of the last name.

Bürgermeister
Georg Schmitz

Schriftführerin

A handwritten signature in black ink that reads "Schuhmachers". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

Sandra Schuhmachers